



Die globale Nachhaltigkeitsagenda in der Defensive

Optionen für eine Beyond 2030 Agenda

von Jens Martens

Zehn Jahre nach ihrer Verabschiedung fristet die Agenda 2030 mit ihren globalen Nachhaltigkeitszielen (SDGs) nur noch ein Schattendasein. Die öffentliche und die politische Debatte werden bei uns von den Kriegen in der Ukraine und im Nahen Osten, den Eskapaden des US-Präsidenten und den Reaktionen auf den gesellschaftlichen Rechtsruck dominiert. Dabei haben weltweit Armut, Hunger und Ungleichheit infolge der Krisen der letzten Jahre wieder zugenommen, das Artensterben setzt sich ungebrems fort, die Klimakrise führt zu immer verheerenderen Extremwetterereignissen und die Zahl gewaltsamer Konflikte ist auf Rekordniveau gestiegen. Eigentlich wäre nun ein gemeinsamer Kraftakt der Staatengemeinschaft nötig, um der Verwirklichung der SDGs bis 2030 noch etwas näher zu kommen. Das Gegenteil ist der Fall. Das politische Klima ist vielerorts geprägt von Ablehnung oder zumindest Ignoranz gegenüber der Nachhaltigkeitsagenda und einem Auseinanderdriften des Entwicklungsdiskurses zwischen Globalem Norden und Süden. Die Konsequenz daraus sollte aber nicht lauten, die SDGs abzuschreiben. Denn die globalen Probleme verschwinden nicht dadurch, dass man sie ignoriert. Die kommenden Jahre bieten vor diesem Hintergrund immerhin die Gelegenheit, die Ursachen der mangelnden Fortschritte zu analysieren sowie Optionen und Erfolgsbedingungen für eine wirkungsvolle „Beyond 2030 Agenda“ auszuloten.

Katastrophale Zwischenbilanz

In seinem [Fortschrittsbericht](#) über die Umsetzung der SDGs 2025 stellt UN-Generalsekretär António Guterres unumwunden fest: „Wir stehen vor einem globalen Entwicklungsnotstand“. Konflikte, Klimachaos, geopolitische Spannungen und wirtschaftliche Schocks verhinderten weiterhin, dass Fortschritte in dem Tempo und dem Umfang erzielt würden, die zur Erreichung der 2030-Ziele erforderlich seien. Nach UN-Angaben sind die Länder nur bei 18 Prozent der SDG-Zielvorgaben im Plan, bei fast der Hälfte gibt es minimale oder mäßige Fortschritte, und bei mehr als einem Drittel der Zielvorgaben verzeichnen die Vereinten Nationen Stagnation oder Rückschritte.

Um nur das offensichtlichste Beispiel zu nennen: Die Zahl der Menschen, die in extremer Armut, d.h. nach aktualisierter Weltbank-Definition von weniger als 3 US-Dollar pro Tag leben, wird für 2025 auf **808 Millionen geschätzt**. Dies sind zwar 1,5 Milliarden Menschen weniger als im Jahr 1990, aber das Ziel der vollständigen Überwindung extremer

Armut (SDG 1.1) könnte beim jetzigen Tempo erst in Jahrzehnten verwirklicht werden. Gemessen an der zusätzlichen Armutsschwelle von 8,30 US-Dollar für Länder mit mittlerem Einkommen stuft die Weltbank sogar 3,73 Milliarden Menschen als arm ein, und damit 45 Prozent der Weltbevölkerung.

Zugleich ist der Anteil der Menschen, die durch mindestens eine Sozialleistung abgesichert sind, nach Angaben des [Weltberichts zur sozialen Sicherung 2024–2026](#) zwar erstmals auf mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung (52,4 Prozent) gestiegen. Das bedeutet aber auch, dass weiterhin 3,8 Milliarden Menschen ohne jegliche soziale Sicherung leben müssen. Die ILO rechnet vor, dass es beim gegenwärtigen Fortschrittstempo noch bis zum Jahr 2073 dauern würde, bis alle Menschen durch mindestens eine Sozialleistung abgesichert wären.

Auf der anderen Seite gibt es auch Krisengewinner: Laut dem [Wirtschaftsmagazin Forbes](#) ist das Vermögen der weltweit 3.428 Milliardäre 2026 gegenüber dem Vorjahr um rund vier Billionen US-Dollar auf 20,1 Billionen US-Dollar gewachsen. Das

ist mehr als 20-mal so viel wie die gesamte öffentliche Entwicklungsfinanzierung 2025 (174 Mrd. US-Dollar). Allein das Vermögen von Elon Musk, Mark Zuckerberg und Jeff Bezos hat sich zwischen 2020 und 2025 mehr als verdreifacht (von 192 auf 773 Mrd. US-Dollar). Zum Vergleich: Der Vermögenszuwachs dieser drei Männer ist mit 581 Mrd. US-Dollar größer als der deutsche Bundeshaushalt (2026: 524,5 Mrd. Euro).

Der jüngste SDG-Bericht der UN verzeichnet in den letzten zehn Jahren zwar auch einige Fortschritte: So ist die Müttersterblichkeit von 228 auf 197 pro 100.000 Geburten gesunken (SDG 3.1), die Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahre ging von 43 auf 37 pro 1.000 Lebendgeburten zurück (SDG 3.2), der Anteil der Menschen mit Zugang zu Stromversorgung stieg von 87 auf 92 Prozent (SDG 7.1) und der Anteil der Weltbevölkerung mit Zugang zum Internet stieg von 40 auf 68 Prozent (SDG 9.c). Aber selbst in diesen Bereichen ist das Tempo des Fortschritts zu gering. Insgesamt prägen Stagnation und Rückschritte das Bild.

Vor uns verlorene Jahre

Um die SDGs noch zu erreichen, forderte der **UN-Generalsekretär** bereits 2023 einen „Rettungsplan für die Menschen und den Planeten“, der unter anderem ein SDG-Konjunkturprogramm (*SDG Stimulus*) von 500 Mrd. US-Dollar pro Jahr vorsah. Seitdem ging der Trend in die entgegengesetzte Richtung. Die US-Regierung unter Donald Trump ist in Fundamentalopposition zur Nachhaltigkeitsagenda gegangen und stellte klipp und klar fest: „(...) globalist endeavors like Agenda 2030 and the SDGs lost at the ballot box. Therefore, the United States rejects and denounces the 2030 Agenda for Sustainable Development and the Sustainable Development Goals, and it will no longer reaffirm them as a matter of course“ (Edward Heartney, Minister Counselor to ECOSOC, New York, am 4. März 2025).

In anderen Ländern werden die Agenda 2030 und ihre Ziele zwar nicht offen abgelehnt, sie sind aber auf der politischen Prioritätenliste nach unten gerutscht – so auch in Deutschland. Die Ampelregierung hatte in ihrem Koalitionsvertrag 2021 die SDGs noch zur „Richtschnur unserer Politik“ erklärt. Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD 2025 werden die Agenda 2030 und ihre Ziele mit keinem Wort erwähnt.

In nahezu allen westlichen Ländern ist ein Abwärtstrend in der öffentlichen Entwicklungsfinanzierung – und damit auch der Finanzierung der SDGs – festzustellen. In 2025 sind die Mittel im **Vergleich zum**

Vorjahr um 23,1 Prozent auf 174,3 Mrd. US-Dollar gesunken. Für 2026 prognostiziert die OECD einen **weiteren Rückgang** um 5,8 Prozent. Und auch in den folgenden Jahren wird sich der Abwärtstrend fortsetzen, wenn nicht politisch massiv gegengesteuert wird. Danach sieht es auch in Deutschland nicht aus. Die Regierungsparteien haben im Koalitionsvertrag stattdessen erklärt: „Aufgrund der Notwendigkeit, den Haushalt zu konsolidieren, muss eine angemessene Absenkung der ODA-Quote erfolgen.“ Damit hat die Bundesregierung sich öffentlich von ihrer internationalen Verpflichtung zur Erreichung des 0,7-Prozentziels verabschiedet – ein fatales politisches Signal gegenüber den Ländern des Globalen Südens.

Gleichzeitig ist eine zunehmende „Versicherheitlichung“ der Politik und eine Unterordnung der Entwicklungspolitik unter sicherheitspolitische Ziele festzustellen. Auch Bundesentwicklungsministerin Reem Alabali-Radovan sprach sich bei der **Vorstellung ihres Regierungsprogramms** im Bundestag dafür aus, „Entwicklungspolitik im Dreiklang mit Außen- und Verteidigungspolitik als nachhaltige Sicherheitspolitik aus(zu)buchstabieren“.

Die weltweiten Militärausgaben erreichten schon 2024 einen Rekordwert von 2,7 Billionen US-Dollar. Dieser Trend ist nach Ansicht des UN-Generalsekretärs fatal, denn steigende Militärausgaben schüren das Wettrüsten, vertiefen das Misstrauen zwischen den Ländern, destabilisieren die internationalen Beziehungen weiter und unterminieren Fortschritte bei der Verwirklichung der SDGs. Dies ist die Kernbotschaft eines **Berichts** über den Zusammenhang zwischen Militärausgaben und SDGs, den der UN-Generalsekretär im Sommer 2025 vorgelegt hat. Der Bericht warnt, dass die Umleitung öffentlicher Mittel in die Rüstungsbudgets Länder langfristig an eine militärzentrierte Politik bindet, bei der Verteidigungsausgaben Vorrang vor Entwicklungsfortschritten haben. Dabei würde schon die Umleitung eines Teils der globalen Militärausgaben ausreichen, um die SDGs zu finanzieren.

Dem UN-Bericht zufolge werden weniger als vier Prozent (oder 93 Milliarden US-Dollar) der 2,7 Billionen US-Dollar jährlich benötigt, um den Hunger bis 2030 zu beenden. Mit etwas mehr als 10 Prozent (285 Milliarden US-Dollar) könnte jedes Kind vollständig geimpft werden. Die Reinvestition von 15 Prozent (387 Milliarden US-Dollar) der weltweiten Militärausgaben würde ausreichen, um die jährlichen Kosten für die Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungsländern zu decken. Wenn sich der aktuelle Trend fortsetzt, könnten stattdessen die weltweiten Militärausgaben bis 2035 ein bei-

spielloses Niveau von bis zu 6,6 Billionen US-Dollar erreichen – fast dem Fünffachen des Niveaus am Ende des Kalten Krieges. Der Bericht des UN-Generalsekretärs fordert daher eine Verlagerung hin zu einem menschenzentrierten und multidimensionalen Sicherheitsansatz, bei dem Diplomatie, internationale Zusammenarbeit, nachhaltige Entwicklung und Abrüstung Vorrang vor militärischer Aufrüstung haben.

Optionen für die Beyond 2030 Agenda

Während die Agenda 2030 in der politischen Defensive steckt und die Regierungen von der Verwirklichung der SDGs meilenweit entfernt sind, hat die Debatte darüber eingesetzt, wie es mit der globalen Nachhaltigkeitsagenda und ihren Zielen nach dem Jahr 2030 weitergehen soll. Beiträge kommen bisher vor allem aus der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft. Aber auch Regierungen beginnen sich mit dem Thema zu befassen. Bemerkenswerterweise hat die Bundesregierung sich in ihrem Koalitionsvertrag zwar nicht zur Agenda 2030 und den SDGs bekannt, aber beteuert: „Wir setzen uns für ein ambitioniertes Post-Agenda-2030-Rahmenwerk ein.“

Generell lassen sich folgende vier Optionen für die Zukunft der Agenda 2030 und der SDGs unterscheiden (abgesehen von einer fünften „Trump-Option“, die Agenda und ihre Ziele ersatzlos zu eliminieren):

Option 1: Die SDGs beibehalten und die Laufzeit verlängern: Bei dieser Minimalvariante müssen die SDGs nicht neu verhandelt werden, sondern die 17 Ziele werden beibehalten und ihre Laufzeit verlängert, zum Beispiel um weitere 15 Jahre bis zum Jahr 2045, dem 100. Geburtstag der Vereinten Nationen. Lediglich die Zielvorgaben, die bis 2030 erreicht wurden, können aus der aktualisierten Liste gestrichen werden. In einzelnen Fällen können Zielvorgaben konkretisiert werden (etwa zum Ausbau erneuerbarer Energien), dort wo bereits ambitioniertere Zielvorgaben vereinbart wurden, etwa beim Schutz der Meere (SDG 14) und der Biodiversität (SDG 15), können diese integriert werden.

Option 2: Den Zielkatalog erweitern („SDG+“): Im Laufe der letzten zehn Jahre haben sich Themen und Herausforderungen entwickelt, über die es bei den Verhandlungen über die SDGs entweder keinen Konsens gab, oder die damals noch nicht relevant waren. Dazu zählen beispielsweise die Digitalisierung, die Regulierung künstlicher Intelligenz und die friedliche Nutzung des Weltraums. Zu diesen und diversen weiteren Themen gibt es Vorschläge für Nachhaltigkeitsziele, die in den SDG-Katalog zusätzlich aufgenommen werden

könnten. Beispiele sind der Vorschlag für ein **SDG 18 zur nachhaltigen Nutzung des Weltraums** und die **Initiative 18**, die sich dafür einsetzt, „freie, sichere und nachhaltige Medien“ als 18. Nachhaltigkeitsziel der Vereinten Nationen zu verankern.

Option 3: Den Schwerpunkt verlagern, von den Zielen zu den Means of Implementation:

Die Agenda 2030 beschränkt sich nicht darauf, gemeinsame Ziele zu definieren, sondern sie beschreibt auch die Mittel, die zu ihrer Umsetzung benötigt werden. Dazu enthält der SDG-Katalog das eigenständige Ziel 17 („Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen“) mit 19 Unterzielen. Außerdem listet jedes der übrigen 16 SDGs mehr oder weniger allgemein formulierte Maßnahmen auf, die zur Umsetzung des jeweiligen Zieles nötig sind. Die Umsetzungsziele im SDG-Katalog, die überwiegend die Verantwortung der reichen Länder definieren, wurden im Verhandlungspoker allerdings so weit verwässert, dass sich aus ihnen kaum spezifische Handlungsverpflichtungen ableiten lassen. Manche sehen darin die Hauptursache für die mangelnden Fortschritte bei der Umsetzung der SDGs. Vor allem Vertreter:innen der Länder des Globalen Südens fordern aus diesem Grund, dass an die Stelle bisheriger Lippenbekenntnisse, etwa zum 0,7-Prozentziel, Ziele mit einem höheren Grad an Verbindlichkeit treten sollten. Sie fordern beispielsweise, das „Recht auf Entwicklung“ in einer völkerrechtlich bindenden Konvention zu verankern, die auch die „Pflicht zur Kooperation“ umfasst (Menschenrechtsrat Res. A/HRC/54/L.27 vom 12.10.2023). Damit verbundene Ziele, die die *Means of Implementation* betreffen, sollten dann auch Bestandteil einer Beyond 2030 Agenda werden.

Option 4: Am Narrativ ansetzen, den Entwicklungsbegriff auf den Prüfstand stellen:

Die Diskussionen über eine globale Beyond 2030 Agenda bieten die Chance, die Konzepte, Strategien, Maße und Politiken nachhaltiger Entwicklung noch einmal grundsätzlich auf den Prüfstand zu stellen. Denn der universelle Ansatz der Agenda 2030 und ihre zentrale Idee, dass angesichts der Notwendigkeit sozial-ökologischer Transformation alle Länder der Welt „Entwicklungsländer“ sind, hat sich weder in der Entwicklungspolitik noch im Narrativ von Entwicklung niedergeschlagen. Vordenker wie Julius Nyerere haben bereits in den 1970er Jahren gefordert, sich in der Entwicklungszusammenarbeit vom „Konzept der Hilfe“ zu verabschieden. Wolfgang Sachs konstatierte bereits 1993: „Die letzten vierzig Jahre kann man als Zeitalter der Entwicklungspolitik bezeichnen. Aber diese Epoche geht zu Ende, und es wird Zeit, einen Nachruf zu formulie-

ren.“ Verändert hat sich seitdem erstaunlich wenig. Erst jüngst haben österreichische Sozialdemokraten sich dafür ausgesprochen, sich vom Begriff der Entwicklungspolitik zu verabschieden und ihn durch „globale Nachhaltigkeitspolitik“ zu ersetzen. Ihre Begründung: „Der Begriff „Entwicklungspolitik“ impliziert immer noch ein Denken in Zentren und Peripherien, in Oben und Unten, in Fortschritt und Rückstand, in Überfluss und Mangel. Dies sind jedoch keine angemessenen Attribute im Streben nach einer nachhaltigen Zukunft für alle. Nur durch gemeinsame Anstrengungen können wir eine nachhaltige Lebensweise auf dieser einen Welt realisieren, die Denkweisen, Veränderungen, wirtschaftliche Aktivitäten, Konsumgewohnheiten und Lebensstile einschließt. Nur durch eine globale Zusammenarbeit auf Augenhöhe wird ein würdiges Leben für alle, auch für kommende Generationen, möglich sein.“

Von Entwicklungspolitik zu globalen öffentlichen Investitionen

Ähnlich grundsätzliche Vorschläge zur langfristigen Entwicklungsfinanzierung kommen seit einigen Jahren von den Befürwortern des Konzepts der **Globalen Öffentlichen Investitionen**. Sie plädieren für einen fundamental neuen Ansatz der Entwicklungsfinanzierung, der das klassische Geber-Nehmer-Verhältnis und die paternalistische Terminologie der „ausländischen Hilfe“ überwindet, indem einerseits alle Länder zur Finanzierung beitragen, aber andererseits auch alle Akteure gleichberechtigt an den Entscheidungen beteiligt werden, insbesondere die Länder des Globalen Südens.

Der GPI-Ansatz plädiert für einen grundsätzlichen Wandel des Narratives von Entwicklung, der in folgenden **fünf Punkten** zusammengefasst wird:

- » Von einem engen Fokus auf die Armutsbekämpfung hin zur Bewältigung umfassenderer Herausforderungen wie Ungleichheit und Nachhaltigkeit. (From a narrow focus on reducing poverty to meeting broader challenges of inequality and sustainability)

- » Von der Betrachtung internationaler öffentlicher Gelder als vorübergehendem letzten Ausweg zu ihrer Wertschätzung als einer dauerhaften Kraft für das Gute. (From seeing international public money as a temporary last resort to valuing it as a permanent force for good)
- » Von einseitigen Nord-Süd-Transfers zu einem universellen Finanzierungsansatz, bei dem alle einzahlen und alle profitieren. (From one-directional North-South transfers to a universal effort, with all paying in and all benefitting)
- » Von überholten postkolonialen Institutionen zur repräsentativen Entscheidungsfindung. (From outdated post-colonial institutions to representative decision-making)
- » Von der paternalistischen Terminologie der „ausländischen Hilfe“ hin zum ermächtigenden Multilateralismus gemeinsamen fiskalpolitischen Handelns. (From the patronising language of “foreign aid”, to the empowering multilateralism of a common fiscal endeavour)

Der GPI-Ansatz wird von renommierten Wirtschaftswissenschaftler*innen wie Jayati Gosh, Mariana Mazzucato und Thomas Piketty unterstützt, die Umsetzung hat aber auch **operative und politische Herausforderungen**, wie zum Beispiel Stephan Klingebiel angemerkt hat.

Wie es mit der globalen Nachhaltigkeitsagenda nach dem Jahr 2030 weitergeht, wird vermutlich auch im Zentrum des nächsten SDG-Gipfels der UN stehen, der im September 2027 stattfindet. Auch der nächste Global Sustainable Development Report der UN, der die inhaltliche Grundlage für diesen Gipfel liefern soll, wird sich voraussichtlich mit diesem Thema befassen. Politik und Zivilgesellschaft sind gut beraten, nicht bis dahin zu warten, sondern sich frühzeitig an den Überlegungen über Optionen und Erfolgsbedingungen für eine wirkungsvolle „Beyond 2030 Agenda“ zu beteiligen. Vielleicht werden die nächsten fünf Jahre dann doch nicht als verlorene Jahre für die globale Nachhaltigkeit in die Geschichte eingehen.

Impressum

Die globale Nachhaltigkeitsagenda in der Defensive
Optionen für eine Beyond 2030 Agenda

Herausgeber:

Global Policy Forum Europe e.V., Leostraße 11, 50823 Köln
Tel. 01575 6680536, europe@globalpolicy.org
www.globalpolicy.org
Kontakt: Sarah Ganter

Autor: Jens Martens

Redaktion: Marlene Stickel, Bodo Ellmers, Sarah Ganter, Julia Hanne

Gestaltung: www.kalinski.media

Köln, Mai 2026

Dieses Briefing ist Teil des Projekts „Die Agenda 2030 in der zweiten Halbzeit“ des Global Policy Forums Europe, gefördert von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen sowie von Engagement Global mit Mitteln des BMZ.



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Global Policy Forum Europe e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen wieder.

Die PDF-Fassung dieser Publikation enthält Quellenangaben als Hyperlinks.